

# OA-UPDATE SANKTIONEN

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

mit diesem ersten Update 2025 heißen wir Sie herzlich im neuen Jahr willkommen. Aus Sanktionsperspektive gestaltet sich der Start ausgesprochen turbulent: In den ersten Januartagen, die gleichzeitig die letzten Tage der Biden-Administration sind, wurden in den USA zwei umfangreiche neue Sanktionspakete geschnürt, die vor allem den Druck auf russische Energie-Exporte verstärken und gleichzeitig über ihre sekundären Effekte Projekte und Beteiligungen russischer Konzerne in Drittländern wie Kasachstan, Serbien oder Ungarn in Frage stellen. In Zentralasien sind einige Rohstoffprojekte unsicher geworden, chinesische Häfen halten sich inzwischen mit der Abfertigung von Tankern der russischen Schattenflotte zurück (siehe Kapitel USA).

Unterdessen werden die Konturen des für Februar zu erwartenden 16. EU-Sanktionspakets gegen Russland deutlicher: Auch die EU will unter neuer polnischer Präsidentschaft verstärkt den russischen Energie- und Rohstoffsektor in den Blick nehmen (LNG, Aluminium, Ölpreisdeckel, Düngemittel), um Russland von Einnahmen abzuschneiden. Anfang Januar lief zudem der Transitvertrag für russisches Erdgas die Ukraine aus, was in Südosteuropa Spannungen verursacht. Für Wirbel sorgen auch Ankündigungen des ungarischen Ministerpräsidenten Orban, die anstehende Verlängerung der EU-Russlandsanktionen, die einstimmig erfolgen muss, zunächst nicht mitzutragen und von der Politik des neuen US-Präsidenten Trump abhängig zu machen. Laut einem Bericht der Financial Times laufen in Brüssel bereits Überlegungen, wie man EU-Sanktionen gegen ein ungarisches Veto absichern könnte. Dabei geht es etwa um die Sicherung eingefrorenen russischen Zentralbankvermögens (siehe Kapitel EU).

Auch im neuen Jahr bleibt der Bezug des Sanktionsupdates für Ost-Ausschuss-Mitgliedsunternehmen kostenlos. Wir freuen uns über Ihr Interesse und auf die weitere Zusammenarbeit und wünschen Ihnen alles Gute für 2025!

Ihre Redaktion

**OA-Update 2025/01  
Stand: 17. Januar**

## **Inhalt**

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

## 1. Ost-Ausschuss

---

### **Ausblick der Ost-Ausschuss-Vorsitzenden auf 2025**

Das Jahr 2025 beginnt mit einer neuen EU-Kommission, einem neuen US-Präsidenten und Neuwahlen in Deutschland. Die Entwicklungen sind mit einigen Unsicherheiten aber auch Chancen für die deutsche Wirtschaft verbunden. Die Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Cathrina Claas-Mühlhäuser fordert in Ihrem Ausblick auf 2025 in den Nachrichten für den Außenhandel, an die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte der EU-Erweiterungen nach Osten seit 2004 anzuknüpfen, den EU-Binnenmarkt zu vertiefen und die Länder des Westlichen Balkans, die Ukraine, Moldau und perspektivisch auch Georgien weiter in die europäischen Strukturen zu integrieren. „Mit der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldau und den Fortschritten in den Beitrittsgesprächen mit Ländern des Westlichen Balkans hat Brüssel im Vorjahr die Türen in Richtung Erweiterung weiter geöffnet. Nun muss die EU so schnell wie möglich aufnahmefähig gemacht werden. Gleichzeitig müssen auch die Beitrittskandidaten notwendige Reformen zügig umsetzen.“ Hier lesen Sie den vollständigen Beitrag:

[Größeres Europa, stärkere EU | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

-----

### **Russland fällt als Handelspartner weiter zurück**

Der deutsche Außenhandel mit Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien knackte trotz geringfügiger Einbußen beim Import in den ersten elf Monaten 2024 die Halbe-Billion-Euro-Marke. Dies zeigen die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamts, die der Ost-Ausschuss ausgewertet hat. Zwischen Januar und November 2024 entfielen knapp 19 Prozent des gesamten deutschen Außenhandels auf die Region des Ost-Ausschusses. Die deutschen Exporte Richtung Osten lagen im Erfassungszeitraum mit fast 261 Milliarden Euro knapp über dem Vorjahresniveau. Dafür war vor allem der steigende deutsche Absatz in Polen verantwortlich, das damit seinen vierten Platz unter den deutschen Absatzmärkten vor China ausbauen konnte. Spürbare Zuwächse gab es auch bei den deutschen Exporten in die Ukraine, Rumänien, Slowenien und Serbien. Die deutschen Importe aus Mittel- und Osteuropa waren mit 239 Milliarden Euro zwei Prozent niedriger als im Januar bis November 2023. Der deutsche Güterhandel mit Russland ging in den ersten elf Monaten 2024 um ein Viertel auf nur noch 8,8 Milliarden Euro zurück. Russland lag damit hinter der Ukraine auf Platz neun unter den deutschen Handelspartnern in der Region, nur knapp vor Kasachstan und Serbien.

Die aktuellen Handelstabellen sind hier zu finden:

[Statistiken | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

## 2. Deutschland

---

### **US-Firmen größte ausländische Steuerzahler in Russland gefolgt von deutschen Unternehmen**

US-Firmen, die in Russland tätig sind, haben im Jahr 2023 über eine Milliarde US-Dollar an Steuern an den Kreml gezahlt, wie aus Daten von B4Ukraine und der Kyiv School of Economics (KSE) hervorgeht, über die die Kyiv Post berichtet. Damit waren US-Firmen dem Bericht zufolge die größten ausländischen Beitragszahler von Gewinnsteuern an den russischen Staat. Mit deutlichem Abstand folgten Unternehmen aus Deutschland und Österreich.

Seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 haben viele Unternehmen das Land verlassen. Unter den auf dem Markt verbliebenen Unternehmen sind laut dem Chief Executive Leadership Institute (CELI) der Yale School of Management allein 123 große US-Unternehmen. Philip Morris International führt diese Liste mit Steuerzahlungen in Höhe von 220 Millionen US-Dollar an, gefolgt von PepsiCo (135 Millionen US-Dollar), Mars (99 Millionen US-Dollar), Procter & Gamble, Mondelez, Citigroup, Cargill und anderen. Die Kyiv School of Economics (KSE), die in ihrer Analyse auch mittelgroße und kleinere Unternehmen berücksichtigt, schätzt, dass noch etwa 328 US-Unternehmen in Russland aktiv sind.

Neben den USA waren Unternehmen mit deutschen Wurzeln laut KSE 2023 die zweitgrößten Zahler von Gewinnsteuern an den Kreml, sie zahlten 693 Millionen Dollar an Steuern in Russland. An dritter Stelle lag Österreich mit Unternehmen 579 Millionen Dollar an Gewinnsteuern, an vierter Stelle folgt China mit 487 Millionen Dollar. Alle Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2023, neuere Daten liegen nicht vor.

Laut einem Bericht der FAZ mit Hinweis auf ukrainische Quellen war die Raiffeisenbank International (RBI) aus Österreich 2023 von allen ausländischen Unternehmen dasjenige, das die höchsten Gewinnsteuern in Russland zahlte. Die russische Tochtergesellschaft der RBI zahlte 2023 laut dem Bericht 491 Millionen Dollar an Steuern. Es folgen der chinesische Autobauer Chery und der amerikanische Tabakkonzern Philip Morris. Auf den Plätzen vier und fünf werden die in der Schweiz ansässige Japan Tobacco International und die italienische Unicredit -Bank eingeordnet; letztere hat ihr Russlandgeschäft seit 2022 nach eigenen Angaben inzwischen deutlich verkleinert. Unter den 20 größten ausländischen Steuerzahlern finden sich demnach neben der ungarischen OTP und der amerikanischen Citi Group auch einige Lebensmittelkonzerne wie die amerikanischen Pepsico, Mars und Mondelez.

Größter deutscher Steuerzahler in Russland ist nach den von der FAZ analysierten ukrainischen Angaben Unipro, die Tochtergesellschaft des mittlerweile staatlichen deutschen Energiekonzerns Uniper gewesen, die bereits im April 2023 von Russland unter staatliche Verwaltung gestellt wurde. Dennoch weist der B4Ukraine-Bericht Uniper noch als größten deutschen Steuerzahler in Russland für das Jahr 2023 aus. An zweiter Stelle steht in der Liste der Gipshersteller Knauf, der im April 2024 den Verkauf seines Russlandgeschäfts angekündigt hat. Es folgt auf Platz drei der Sportartikelhersteller Adidas.

Die Anschuldigungen der Mitfinanzierung des Krieges von ukrainischer Seite, die mit den veröffentlichten Listen weiteren Druck aufbauen wollen, gingen zu weit, kommentiert die frühere Beraterin der russischen Zentralbank Alexandra Prokopenko laut FAZ. Prokopenko arbeitet als Expertin für die russische Wirtschaft bei der Denkfabrik Carnegie in Berlin. Der Rückzug westlicher Unternehmen habe zu einem „Investitionsboom“ geführt und der russischen Wirtschaft in die Hände gespielt, da auf diese Weise Nischen für lokale Unternehmen frei geworden seien.

In der Zwischenzeit haben viele der erwähnten Unternehmen den Rückbau ihrer Russlandaktivitäten bekanntgegeben. Die RBI sucht seit Monaten nach einem Käufer für ihr Russland-Geschäft. Die Europäische Zentralbank erhöhte zuletzt den Druck auf europäische Finanzinstitute in Russland, ihre Geschäfte dort schneller zu reduzieren. Dass die russische Tochtergesellschaft hohe Gewinne erwirtschaftete und dementsprechend Steuern zahle, habe mit dem hohen Zinsniveau zu tun. Mittlerweile zahle man den Kunden keinerlei Zinsen mehr auf ihre Einlagen und biete keine Festgeldanlagen mehr an, teilte die RBI der FAZ mit. In der Folge hätten sich die Kundeneinlagen im dritten Quartal des vergangenen Jahres um 26 Prozent verringert.

Laut Kyiv Post setzte Philip Morris International geplante Investitionen aus und drosselte seine Produktionsaktivitäten. Im Februar 2023 erklärte CEO Jacek Olzak gegenüber der Financial Times, dass das Unternehmen sich jedoch weigere, sein Russlandgeschäft zu den Bedingungen des Kremls zu verkaufen, da dies zu erheblichen finanziellen Verlusten führen würde. Ähnlich argumentiert Mondelez. Obwohl Coca-Cola den Verkauf seiner Getränke in Russland eingestellt habe, verkaufe sein regionaler Abfüller Coca-Cola Hellenic weiterhin ein Produkt namens Dobry Cola über Multon Partners. PepsiCo, Mars, Procter & Gamble (P&G), Cargill und Weatherford stellten ebenfalls weiterhin Waren her und führten wesentliche Geschäftstätigkeiten aus. Die Citigroup gab bekannt, dass sie fast ihr gesamtes institutionelles Bankgeschäft im Land einstellen werde, mit Ausnahme der Geschäfte, die zur Erfüllung gesetzlicher und regulatorischer Verpflichtungen erforderlich seien.

[Putins westliche Geldgeber: Diese Unternehmen sind in Russland weiter aktiv](#)

[US Companies Lead Foreign Tax Contributions to Russia, Paying Over \\$1 Billion](#)

-----

### **Ukraine stoppt planmäßig Gastransit aus Russland – Deutschland hilft**

Seit dem 1. Januar ist die Durchleitung von russischem Gas durch die Ukraine in Richtung Europa komplett eingestellt. Die Ukraine habe sich zu dem Transitstopp entschlossen, um Russland von weiteren Einkünften abzuschneiden. Im vergangenen Juni hatte der Anteil von russischem Gas an den EU-Importen laut Spiegel-online noch 18 Prozent betragen. Vor Beginn des russischen Angriffs lag der Wert im Jahr 2021 bei 45 Prozent. Russisches Gas kommt nach dem Transitstopp durch die Ukraine allerdings auch auf dem Seeweg in Form von verflüssigtem Erdgas (LNG) in die EU.

Im letzten Jahr seines Bestehens brachte der Ukraine-Transit nach Berechnungen der russischen Zeitung Vedomosti 15,4 Milliarden Kubikmeter russisches Erdgas nach Europa, sechs Prozent mehr als 2023. Mit dem Auslaufen des russisch-ukrainischen Transitvertrags kann Russland sein Gas per Pipeline nun nur noch über die Türkei nach Europa liefern. Über die Schwarzmeerpipeline TurkStream und ihre Fortsetzung Balkan Stream gelangten im vergangenen Jahr 16,7 Milliarden Kubikmeter Gas in die EU, was laut Vedomosti eine Steigerung um 23 Prozent zum Vorjahr bedeutete. Grundlage der Berechnung sind Daten des Verbands Europäischer Gasnetzbetreiber (ENTSOG) und des russischen Gasproduzenten Gazprom. Insgesamt legten die russischen Pipelineexporte nach Europa 2024 um 14 Prozent auf 32,1 Milliarden Kubikmeter zu.

Offenbar konnte Russland auch seine Exporte von Flüssiggas (LNG) nach Europa steigern. Der norwegische Branchenspezialist Rystat Energy schätzt ihr Volumen für 2024 auf 24,2 Milliarden Kubikmeter bzw. 17,8 Millionen Tonnen LNG. Damit wäre der Rekord aus 2022 von 16,4 Millionen Tollen übertroffen, 2023 waren es 15,1 Millionen Tonnen. Bei diesen Angaben handelt es sich aber um die Mengen, die auf Schiffen in europäischen Häfen ankamen. Ein signifikanter Teil der Lieferungen wird in europäischen Häfen für den Weitertransport aufbereitet worden sein. Diese Praxis hat die EU erst vor kurzem sanktioniert.

Kurzzeitig kam es nach dem völligen Stopp des Transits durch die Ukraine zu einem Preissprung auf bis zu 51 Euro je Megawattstunde und damit auf den höchsten Stand seit Oktober 2023. Kurz darauf gingen die Preise wieder zurück. Besonders südosteuropäische Länder wie die Slowakei, Österreich oder Moldau waren zuletzt noch sehr stark von russischem Gas abhängig. Deutschland sei von dem Lieferstopp nicht betroffen, sagte eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums der Nachrichtenagentur Reuters. Man helfe Ländern in Osteuropa, die auch die Kapazitäten der deutschen LNG-Terminals nutzen könnten. Der größte slowakische Gasimporteure meldete bereits, man beziehe als Alternative nun Gas über Deutschland und Ungarn.

Allerdings kam es wegen des Transitstopps zu einem Eklat zwischen der Slowakei und der Ukraine. Der slowakische Regierungschef Robert Fico drohte der Ukraine, sein Land könne im Gegenzug die Lieferung von Strom und die Unterstützung ukrainischer Geflüchteter stoppen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wertete diese Drohung Ficos als einen Auftrag aus dem Kreml. Fico hatte in der vergangenen Woche Kremlchef Wladimir Putin in Moskau besucht und war dafür heftig von der EU und der Ukraine kritisiert worden. Ficos Verteidigungsminister brachte unterdessen die Abtretung ukrainischer Gebiete an Russland ins Spiel.

Im Gastransit-Streit zwischen der Ukraine und dem EU-Mitglied Slowakei stärkt die Europäische Kommission Kiew den Rücken. Eine Sprecherin der Kommission in Brüssel machte klar, dass die EU auf den Stopp des Transits russischen Gases durch das kriegsgeplagte Land vorbereitet sei; die europäische Gasinfrastruktur sei flexibel genug, um Gas nicht-russischen Ursprungs über alternative Routen nach Mittel- und Osteuropa zu liefern. Tatsächlich wurde am 16. Januar bekannt, dass ab dem 1. April die Erdgasmenge, die von Ungarn in die Slowakei transportiert werden kann, um ein Drittel des aktuellen Volumens erhöht. Die Verbindung ist ein wichtiger Teil des vertikalen Korridors, der Nord-Süd-Verbindungen zwischen den Ländern der Region herstellt. Von Ungarn in die Slowakei können derzeit jährlich 2,63 Milliarden Kubikmeter Erdgas mit

unterbrechungsfreier Kapazität transportiert werden, diese Menge wird sich ab dem 1. April auf 3,5 Milliarden Kubikmeter pro Jahr erhöhen.

Schwere Auswirkungen hatte der Stopp russischer Lieferungen in der Republik Moldau. Im abtrünnigen Gebiet Transnistrien stellten die meisten Industriebetriebe wegen Strommangels Anfang Januar die Produktion ein. Das größte Kraftwerk des Landes stellte auf Kohleverstromung um, die Reserven sind aber begrenzt. Die Ukraine kündigte an, überschüssigen Strom an die Republik Moldau liefern zu wollen.

Der Ende 2022 verstaatlichte deutsche Gasimporteur Uniper soll laut Reuters einen Fünfjahresvertrag mit dem österreichischen Energiekonzern OMV abgeschlossen haben, um den Import rumänischen Erdgases aus dem Schwarzen Meer zu ermöglichen. Von 2027 an soll die Belieferung von rumänischem Gas aus dem OMV-Erdgasprojekt Neptun Deep losgehen, heißt es dazu in einem Bericht der Berliner Zeitung. Der Vertrag würde damit etwa 1,75 Prozent der gesamten deutschen Gasimporte 2024 decken können.

Denn auch nach Deutschland gelangen nach wie vor große Mengen russisches Gas, allerdings verdeckt in Form von Düngemitteln, die Berliner Zeitung hatte berichtet. Knapp 140.000 Tonnen Stickstoffdünger hat Deutschland 2024 aus Russland importiert, die für die Landwirtschaft unverzichtbar seien. „Zusätzlich zu den aufgeführten Direktimporten aus Russland nach Deutschland gibt es Sekundärimporte, die uns beispielsweise über Belgien oder die Niederlande erreichen“, erklärte ein Sprecher des Industrieverbands Agrar (IVA). Dennoch will die Bundesregierung die Abkehr von russischem Gas weiter voranbringen.

[EU stärkt Ukraine im Gastransit-Streit mit Slowakei  
Ungarn sichert der Slowakei Gasnachschub](#)

-----

### **BMW berichtet über illegale Autoverkäufe nach Russland**

Beim Münchner Autohersteller BMW ist es zu Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit Autoexporten nach Russland gekommen. Interne Kontrollmaßnahmen hätten dies aufgedeckt, heißt es in einer Stellungnahme des Unternehmens. Der weitere Verkauf von Fahrzeugen sei gestoppt worden. „Zudem hat sich die BMW Group entschieden, den hauptverantwortlichen Mitarbeitern zu kündigen“, heißt es in der Stellungnahme weiter. Demnach sollen vom BMW-Standort Hannover aus mehr als 100 hochwertige Fahrzeuge zu russischen Abnehmern gebracht worden sein.

Für die Lieferung von höherwertigen Autos an russische Abnehmer besteht ein Embargo. Laut BMW sind Unternehmen diverser Branchen davon betroffen, dass in Russland trotz eigener Einhaltung der Sanktionen Produkte der jeweiligen Unternehmen im Verkauf verfügbar sind oder in Russland angeboten werden. Dies komme in der Regel durch sogenannte Graumarktimporte zustande. Die BMW Group versuche, mithilfe verschiedener Maßnahmen diese Art der Importe zu verhindern.

[BMW bestätigt Unregelmäßigkeiten bei Lieferungen nach Russland | tagesschau.de](#)

---

## **Deutsche Ekosem Agrar AG wird russisches Unternehmen**

Die Ekosem-Agrar AG, bisherige deutsche Holdinggesellschaft der auf Milchproduktion in Russland ausgerichteten Unternehmensgruppe EkoNiva, hat ihre Anteile an den russischen Zwischenholdings an die russische Erwerbengesellschaft OOO "EkoNiva" verkauft, heißt es auf der Internet-Seite des Unternehmens. Die entsprechenden Verträge seien unterzeichnet und der Kaufpreis auf Auslandskonten der Verkäufer übertragen worden.

Gründer und Vorstand des Unternehmens ist Stefan Dürr, der seit Ende der 1980er Jahre in der russischen Landwirtschaft aktiv ist und deren Modernisierung in den letzten drei Jahrzehnten entscheidend mitgeprägt hat. Dürr besitzt neben der deutschen auch die russische Staatsbürgerschaft. Mitte Januar wurde bekannt, dass 61-jährige Dürr den russischen Freundschaftsorden für seine Verdienste um die russische Milchwirtschaft erhalten hat.

Die regionale Zusammenführung der Holdinggesellschaft mit dem in Russland angesiedelten operativen Geschäft von EkoNiva sei vor dem Hintergrund der Sanktionsentwicklung der letzten drei Jahre notwendig geworden. Diese hätten die Aufrechterhaltung der deutsch-russischen Konzernstruktur unmöglich gemacht. Der nun erfolgte Verkauf sichere den Fortbestand der Gruppe.

Die Ekoniva Gruppe ist eines der größten russischen Agrarunternehmen. Mit einem Bestand von mehr als 248.000 Rindern (davon über 115.000 Milchkühe) und einer Milchleistung von 3.700 Tonnen Rohmilch pro Tag ist Ekoniva größter Milchproduzent des Landes. Die Gruppe kontrolliert eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 632.400 Hektar und zählt darüber hinaus zu den führenden Saatgutherstellern Russlands.

[Russland: Deutscher Milchproduzent Stefan Dürr erhält russischen Freundschaftsorden - DER SPIEGEL](#)

[Ekosem-Agrar AG verkauft Unternehmensbeteiligungen nach Russland | Artikel | Ekosem-Agrar](#)

---

## **Globus lagert aus**

Globus, das 19 Jahre mit eigenen Lebensmittelmärkten im russischen Markt tätig ist, hat zum Jahreswechsel sein Russlandgeschäft ausgelagert. Dies berichtet die Kammer Moskau in ihrem Morgentelegramm. Die 20 Märkte in Russland werden nun von der Globus Holding abgespalten und agieren ab 1. Januar 2025 unabhängig. Die entsprechende Genehmigung wurde durch die russischen Behörden erteilt. Die Globus Holding konzentriert sich künftig ausschließlich auf ihr Geschäft in Deutschland, Tschechien und Luxemburg und gibt ihre Beteiligung an den russischen Lebensmittelmärkten vollständig.

Die russischen Lebensmittelmärkte werden in eine eigene Gesellschaft überführt, an der sich die Globus-Gesellschafter unverändert beteiligen werden. In einer Pressemitteilung heißt es. „Die Entscheidung ist Teil der langfristigen Planungen der Globus-Gesellschafter. Die Abspaltung ermöglicht beiden Gesellschaften, unabhängig in ihren Märkten zu agieren, und die Geschäftsentwicklung bestmöglich sicherzustellen.“

-----

### **Uniper verstärkt Schutz für LNG Flotte**

Uniper hat in den vergangenen Monaten erhebliche Anstrengungen unternommen, um seine LNG-Flotte vor möglichen geopolitischen Risiken zu schützen, dies berichten verschiedene Medien, darunter der Wirtschaftsnachrichtendienst boltwise. Angesichts der Spannungen mit pro-russischen Staaten und der drohenden Beschlagnahmung von Flüssigerdgas-Tankern habe das Unternehmen Maßnahmen ergriffen, um seine Lieferketten zu sichern. Der Vorstandsvorsitzende Mike Lewis äußerte demnach Besorgnis über die politischen Spannungen und die Möglichkeit, dass verbündete Nationen Moskaus auf die LNG-Lieferungen abzielen könnten.

Nach dem Verlust des Stromerzeugungsgeschäfts durch russische Enteignungsmaßnahmen und Liefereinstellungen sowie der zwischenzeitlichen Rettung durch den deutschen Staat habe sich das Unternehmen erfolgreich vor einem internationalen Schiedsgericht in Schweden gegen den russischen Gasriesen Gazprom durchgesetzt. Ein Urteil zugunsten Unipers über 13 Milliarden Euro eröffne neue Perspektiven, auch wenn die Auszahlung unsicher bleibe. Uniper bereite sich darauf vor, erneut an die Börse zu gehen, nachdem das Unternehmen wieder profitabel geworden ist und mittlerweile auch erste Rückzahlungen an die deutsche Regierung leistet. Das Ende der milliarden schweren Gasverträge mit Gazprom Export stärke die Position des Unternehmens und wecke Interesse bei potenziellen Investoren.

[Uniper strives to protect LNG fleet from risk of Russian seizure](#)  
[Deutsches LNG: Russland droht mit Beschlagnahmung – jetzt reagiert Gaskonzern Uniper](#)

-----

### **Oreschnik-Rakete angeblich mit Werkzeugen aus westlicher Produktion gebaut**

Die im November erstmals eingesetzte russische Rakete vom Typ Oreschnik soll laut einem Bericht der „Financial Times“ („FT“) mit modernen westlichen Fertigungsgeräten in Russland hergestellt worden sein. Als Belege führt die „FT“ Stellenanzeigen von Unternehmen an, die laut ukrainischer Geheimdienste als Entwickler der Oreschnik-Rakete genannt werden. Gesucht wurden Fachkräfte, die mit Metallverarbeitungssystemen deutscher und japanischer Firmen vertraut sind. Besonders ausgeprägt sei die Abhängigkeit Russlands von westlicher Technologie im Bereich der computergestützten numerischen Steuerung, einer für die Produktion der Rakete Oreschnik wichtigen Technologie, schreibt der Spiegel. Sie ermögliche den Fabriken, Materialien mit hoher Präzision zu formen, indem Computer die Werkzeuge steuern.



Eines der russischen Unternehmen, das nach Angaben des ukrainischen Geheimdienstes an der Produktion von Oreschnik beteiligt war, würde zum Bau Systeme von Fanuc (Japan), Siemens (Deutschland) und Heidenhain (Deutschland) verwenden. Alle drei Unternehmen stellten Steuerungssysteme für numerisch gesteuerte Hochpräzisionsmaschinen her. Wann diese Systeme nach Russland geliefert wurden, dazu macht die Financial Times keine Angaben. Russland sei laut „FT“ seit Langem von Werkzeugmaschinen aus ausländischer Produktion abhängig, obwohl es sich bemüht, einheimische Alternativen zu entwickeln. Während der Kreml große Mengen hochpräziser Metallbearbeitungsmaschinen aus China beziehe, kämen die Steuerungen für deren Betrieb weiterhin aus dem Westen. „Wenn man den Zugang zu diesen westlichen Steuerungen einschränken könnte, wäre man vielleicht in der Lage, die russische Produktion zu verlangsamen«, sagte Anlagenexperte Nick Pinkston der „FT“.

[Ukraine: Russische Hersteller der Oreschnik-Rakete nutzen offenbar westliche Technik - DER SPIEGEL](#)

### 3. Europäische Union

---

#### 16. EU-Sanktionspaket:

#### Debatte über weitere Rohstoff-Sanktionen und Absenkung des Ölpreis-Deckels

Nachdem die USA am 10. Januar umfangreiche Sanktionen gegen russische Energierohstoffe eingeführt haben, fordern sechs EU-Länder die Europäische Kommission zusätzlich auf, den von den G7-Staaten beschlossenen Preisdeckel für russisches Öl zu verschärfen. Die festgelegte Obergrenze von aktuell 60 Dollar pro Barrel solle gesenkt werden, berichtet das Handelsblatt. Gleichzeitig fordert Polen gemeinsam mit neun weiteren EU-Staaten nach Informationen von Reuters, Politico und Bloomberg auch schärfere Maßnahmen gegen russisches Flüssiggas (LNG) sowie zusätzliche Sanktionen auf Metalle wie Aluminium und Krypto-Vermögenswerte.

Unabhängig davon strebt die EU an, weitere Schlupflöcher zu schließen, die es Moskau ermöglichen, bestehende Beschränkungen zu umgehen, und parallel zu einem neuen Sanktionspaket höhere Zölle auf landwirtschaftliche Güter und Düngemittel einzuführen. Die Maßnahmenentwürfe, die Teil des 16. Sanktionspakets des Blocks wären, beinhalten nach Bloomberg-Informationen zudem Beschränkungen für Dutzende weiterer Schiffe, die Teil der Schattenflotte von Moskaus Tankern sind, die russisches Öl transportieren, sowie weitere Exportkontrollen für Waren, die für militärische Zwecke verwendet werden. Zudem könnten weitere Banken vom internationalen Zahlungssystem SWIFT abgeschnitten werden. Der Block erwäge auch Beschränkungen für den russischen Transportsektor.

Es wird damit gerechnet, dass das dann 16. EU-Sanktionspaket bis zum dritten Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine am 24. Februar 2025 vorgelegt wird. Widerstand gegen die neuen Maßnahmen kommt laut Medienberichten vor allem aus Ungarn und der Slowakei, die russische Gasimporte sogar ausweiten wollen.

#### - Ölpreisdeckel

In Bezug auf den Ölpreisdeckel argumentierten die Befürworter einer Absenkung, dass dies Russlands Einnahmen für die Fortsetzung des Krieges in der Ukraine verringern würde, ohne dass es zu einem Marktschock käme. Die sieben führenden Industriestaaten (G7) hatten einen maximalen Preis von 60 Dollar pro Barrel für russisches Rohöl und 100 Dollar für raffinierte Erdölprodukte beim Transport über den Seeweg festgelegt. Bei Preisen oberhalb der genannten Werte dürfen westliche Versicherungen die transportierenden Schiffe nicht versichern. Das soll Russlands Möglichkeiten zur Finanzierung seines Krieges gegen die Ukraine einschränken. Russland hatte darauf mit dem Aufbau einer Schattenflotte reagiert, die Öl auch zu höheren Preisen aber ohne westliche Versicherungen über die Weltmeere transportiert. Umweltschützer sehen große Risiken durch diese Flotte technisch nicht ausreichend kontrollierter Schiffe. Zuletzt hatte in diesem Zusammenhang die Havarie des Tankers „Eventim“ vor Rügen mit rund 100.000 Tonnen Öl an Bord für Aufregung gesorgt. Das Schiff konnte inzwischen auf einen sicheren Ankerplatz vor Sassnitz abgeschleppt werden.

„Maßnahmen, die auf die Einnahmen aus dem Ölexport abzielen, sind von entscheidender Bedeutung, da sie Russlands wichtigste Einnahmequelle verringern“, erklärten Schweden, Dänemark, Finnland, Lettland, Litauen und Estland in ihrem Brief zum Thema Ölpreis-Deckel an die EU-Behörde. „Wir glauben, dass es jetzt an der Zeit ist, die Wirkung unserer Sanktionen durch eine Senkung der Ölpreisobergrenze der G7 weiter zu forcieren.“

Die Höchstpreise haben sich seit ihrer Einführung im Dezember 2022 und Februar 2023 nicht verändert, während die russischen Rohölpreise auf dem Markt in den Jahren 2023 und 2024 im Durchschnitt unter diesem Niveau lagen. „Der internationale Ölmarkt ist heute besser versorgt als im Jahr 2022, was das Risiko verringert, dass eine niedrigere Preisobergrenze einen Angebotsschock verursacht“, heißt es in dem Brief der sechs EU-Länder.

Unterdessen macht sich Tschechien laut Handelsblatt unabhängig von Erdöllieferungen über die Druschba-Pipeline aus Russland. Die technischen Arbeiten zur Erweiterung der Transalpinen Ölleitung (TAL) seien erfolgreich abgeschlossen worden, teilte die Regierung in Prag mit. Nach Jahrzehnten sei man endlich nicht mehr durch Russland erpressbar, sagte Regierungschef Petr Fiala bei einem Besuch des zentralen tschechischen Rohöl-Tanklagers in Nelahozeves bei Prag.

#### - Aluminium

Vor der Invasion der Ukraine war Russland ein wichtiger Lieferant für den europäischen Aluminiummarkt, doch die Lieferungen sind aufgrund der weit verbreiteten Selbstsanktionierung durch die Hersteller und einer allmählichen Neuordnung der globalen Lieferketten zurückgegangen. Russland macht etwa sechs Prozent der europäischen Importe aus, wobei sich die Lieferungen im Vergleich zu 2022 halbiert haben, wie Bloomberg berichtet. China kaufe seit Beginn des Krieges größere Mengen an russischem Metall.

Die EU-Beschränkungen für Aluminium würden schrittweise eingeführt, wobei der Zeitrahmen und der Umfang noch festgelegt werden müssten, heißt es laut Bloomberg aus EU-Kreisen. Zu Berichten, wonach die EU Sanktionen gegen russisches Aluminium vorbereitet, sagte Kreml-Sprecher Peskow, dass solche Maßnahmen hypothetisch zu einer Destabilisierung des Weltmarktes führen könnten, der in diesem Segment „ziemlich anfällig“ sei.

#### - LNG

Noch immer zählt Russland zu den wichtigsten Lieferanten von Flüssiggas in die EU: In der ersten Hälfte des vergangenen Jahres stiegen die LNG-Importe aus Russland um elf Prozent. Der Ausstieg aus dem Flüssigerdgas könnte entweder als Sanktion oder als Teil eines Fahrplans erfolgen. Die Entwürfe der Vorschläge werden noch zwischen den Mitgliedstaaten diskutiert und könnten sich noch ändern, bevor sie offiziell vorgelegt werden. Bisher haben sich europäische Politiker von strengeren Beschränkungen für Flüssigerdgas LNG ferngehalten, um die Preisschocks zu vermeiden, die die Industrie der Region in den letzten Jahren getroffen haben. Aber von 2026 bis 2027 sollen neue Lieferungen aus im Bau befindlichen Anlagen in den USA und Katar die Preise senken.

Sanktionen könnten das stärkste Argument für die Kündigung von Verträgen mit russischen Lieferanten sein, aber sie erfordern die einstimmige Zustimmung der Mitgliedstaaten und sind zeitlich begrenzt.

Die USA und die EU haben nach und nach einige russische LNG-Projekte sanktioniert, um die Export-Expansionspläne Moskaus einzudämmen, aber diese Bemühungen haben wenig dazu beigetragen, die Nachfrage der Region nach russischen Lieferungen zu verringern, die nicht von Beschränkungen betroffen sind. Die Lieferungen nach Europa stiegen im vergangenen Jahr auf ein Rekordhoch, da Energieunternehmen von Frankreich bis Spanien den Brennstoff im Rahmen langfristiger Verträge einführen. Europa war auch ein attraktiveres Ziel als weiter entfernte asiatische Märkte. Vergangene Woche verhängten die USA Beschränkungen für zwei kleine russische LNG-Anlagen, die den Brennstoff exportieren, und damit zum ersten Mal für in Betrieb befindliche Exportanlagen.

Die Sanktionierung von russischem Pipeline-Gas ist nicht realisierbar, da eine Gruppe von Nationen, darunter Ungarn und die Slowakei, immer noch auf Lieferungen von Gazprom PJSC über die letzte, noch betriebene Pipeline Turkstream angewiesen sind, heißt es aus EU-Kreisen. Ein Verbot von Flüssiggas sei eher machbar, da die drei Länder, die den größten Anteil des Brennstoffs einführen – Spanien, Belgien und Frankreich – laut den Beamten keine Strafmaßnahmen gegen Russland blockieren würden.

[EU Considers Gradual Ban on Russian LNG and Aluminum](#)  
[Havariertes Tanker „Eventin“ vor Sassnitz auf Rügen geschleppt](#)

-----

### **Maßnahmen in Brüssel gegen ein mögliches ungarisches Sanktionsveto**

EU-Beamte arbeiten laut einem Bericht der Financial Times an Notfallmaßnahmen, nachdem Ungarn mit einem Veto gegen die Verlängerung der EU-Sanktionen gegen Russland gedroht hatte. Zu den möglichen Maßnahmen gehört nach Informationen der Financial Times (FT) auch die Anwendung eines über 80 Jahre alten Gesetzes, das den belgischen König einbezieht, um die Sanktionen des Blocks gegen Russland zu sichern.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán teilte den anderen 26 Staats- und Regierungschefs des Blocks im Dezember mit, dass er die turnusmäßig anstehende Verlängerung der EU-Sanktionen gegen Russland im Januar blockieren könne, ein Schritt, der zum Auslaufen der Maßnahmen am 31. Januar führen würde. Orbán sagte, er warte auf die Amtseinführung von Donald Trump als US-Präsident am 20. Januar. Wenn Trump die US-Sanktionen gegen Moskau lockert, würde Orbán darauf bestehen, dass die EU diesem Beispiel folgt.

Während EU-Beamte laut FT sagen, dass ihr Hauptaugenmerk darauf liegt, Orbán davon zu überzeugen, die Sanktionen gegen Unternehmen und russische Staatsvermögen in der EU zu verlängern, arbeiten sie an Maßnahmen, die zumindest einige von ihnen schützen könnten. Dazu gehörten die rund 190 Milliarden Euro an russischen Staatsvermögen bei der in Belgien ansässigen zentralen Wertpapierverwahrstelle Euroclear. Außerplanmäßige Gewinne aus der Anlage dieser Vermögenswerte sollen ein Darlehen in Höhe von 50

Milliarden Dollar an die Ukraine zurückzahlen, und Beamte glauben, dass sie ein entscheidender Verhandlungspunkt für einen möglichen Waffenstillstandsabkommen sind.

Ein Beamter erklärte laut FT demnach, dass „das Geld am nächsten Tag in Russland sein wird“, da Finanzintermediäre keine rechtliche Grundlage hätten, es einzubehalten, wenn die Sanktionen aufgehoben würden. Handelsbeschränkungen und sektorale Sanktionen wie ein Ölimportverbot würden ebenfalls enden. „Ich bin wirklich sehr besorgt darüber, und andere sollten es auch sein“, sagte ein hochrangiger EU-Diplomat, der regelmäßig mit ungarischen Beamten spricht. „Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass Orbán nicht einknickt.“

Da sich das Staatsvermögen physisch in einer belgischen Einrichtung befindet, bestehe allerdings eine Ausweichmöglichkeit darin, ein Kriegsdekret aus dem Jahr 1944 zu nutzen, das es König Philippe erlaubt, die Übertragung von Vermögenswerten aus dem Land zu blockieren, erläuterten vier an den Gesprächen beteiligte Beamte gegenüber der FT. Euroclear lehnte eine Stellungnahme ab. „Belgien tut zusammen mit den anderen EU-Mitgliedstaaten alles, um eine Einigung über die Verlängerung der Sanktionen gegen Russland zu erzielen. Wir konnten in der Vergangenheit eine Einigung erzielen und werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass dies auch dieses Mal der Fall ist“, sagte ein Sprecher des belgischen Außenministeriums.

„Wenn Orbán nicht nachgibt, ist die einzige Lösung eine nationale“, sagte ein leitender Kommissionsbeamter, der an den Vorbereitungen beteiligt war. Mehrere Mitgliedstaaten haben den Vorschlag unterbreitet, Ungarn seine Stimmrechte zu entziehen, um die Verlängerung durchzusetzen, aber ein solch drastischer Schritt würde wahrscheinlich nicht die erforderliche einstimmige Unterstützung aller anderen Staaten sichern.

[EU eyes enlisting Belgian king to save Russia sanctions](#)

-----

## **Trennung vom russischen Stromnetz**

Über 30 Jahre nach ihrer Unabhängigkeit lösen die baltischen Staaten eine ihrer letzten Verbindungen zu Russland: Am 8. Februar werden sich Estland, Lettland und Litauen vom russischen Stromnetz trennen und dem kontinentaleuropäischen Frequenzgebiet beitreten. „Das ist ein wichtiger Schritt für die Energiesicherheit“, sagte die estnische Klimaministerin Yoko Alender nach Angaben der FAZ zu dem Schritt. Litauens Energieminister Zygimantas Vaiciunas brachte laut dem Beitrag die jüngsten Vorfälle in der Ostsee, bei denen Stromkabel etwa zwischen Litauen und Schweden sowie zwischen Estland und Finnland beschädigt wurden, in Zusammenhang mit der geplanten Synchronisation des Stromnetzes. „Natürlich sind solche Versuche, die Infrastruktur zu beschädigen, Teil eines größeren Bildes“, sagte Vaiciunas. „Es liegt auf der Hand, dass wir uns inmitten eines hybriden Krieges befinden, und diese Infrastruktur aus einem bestimmten Grund beschädigt wurde.“

Die baltischen Staaten arbeiten seit 20 Jahren an einer vom russischen Netz unabhängigen Energieversorgung. Laut Estlands Klimaministerin wurden rund 1,6 Milliarden Euro in den Frequenzwechsel investiert, von denen 75 Prozent von der Europäischen Union übernommen werden. Die Energiepolitik war oft ein Vehikel für russische Propagandakampagnen, die Unzufriedenheit schüren sollten. Ein Bericht des Überwachungsunternehmens Mediaskopas aus dem Juni letzten Jahres zeige, dass Desinformation über die Netztrennung seit 2021 in russischen Medien „konsequent verbreitet“ wurde, berichtet Euractiv. Experten erwarteten deshalb, dass Russland das Baltikum mit einer weiteren Propagandawelle überschwemmen werde, im Vorfeld der Trennung im Februar.

Der Präsident Lettlands Edgars Rinkevics betonte in einer Stellungnahme, dass die NATO und die Europäische Union (EU) alle verfügbaren praktischen und rechtlichen Mittel nutzen müssten, um die Sicherheit der Ostsee zu stärken und gegen Russlands „Schattenflotte“ vorzugehen.

### [Warum Russland das Baltikum wirklich im Dunkeln lassen will – Euractiv DE](#)

-----

### **Deripaska scheitert vor dem EU-Gerichtshof**

Der Gerichtshof der Europäischen Union in Luxemburg wies am 18. Dezember nach Informationen der Deutschen Welle die Klagen des russischen Geschäftsmanns Oleg Deripaska, der Rosbank und der Tinkoff Bank gegen die Sanktionen ab, die gegen sie wegen der russischen Aggression in der Ukraine verhängt worden waren. Alle drei Klagen wurden in allen Punkten abgewiesen, einschließlich der Forderung Deripaskas, ihn mit einer Zahlung von einer Million Euro für den durch die Sanktionen entstandenen moralischen Schaden zu entschädigen.

Oleg Deripaska wurde von der EU 2022 mit Sanktionen für Handlungen belegt, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, und 2024 mit Sanktionen für die Umgehung früherer Sanktionen und die materielle Unterstützung der russischen Regierung.

### [Суд ЕС оставил под санкциями Дерипаску и два банка – DW – 18.12.2024](#)

-----

### **Aktualisierung von EU-Sanktionsleitfaden und FAQ**

Die Europäische Kommission hat am 20. Dezember eine Aktualisierung Ihres Antwortkatalogs zu Frequently Asked Questions (FAQ) veröffentlicht:

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it.](#)

## 4. Russland

---

### Weitere Reisebeschränkungen

In einer Reaktion auf die Anfang Januar von den USA und Großbritannien eingeführten Sanktionen im Energiesektor kündigte das Außenministerium in Moskau am 12. Januar eine „deutliche Ausweitung“ von Reisebeschränkungen an. Betroffen seien insbesondere Sicherheitsbeamte, Mitarbeiter europäischer Behörden und Geschäftsleute. Außerdem gelte das Verbot für Bürger einzelner EU-Länder, die „für militärische Hilfe für die Ukraine verantwortlich sind“. Wie üblich wurden keine Namenslisten veröffentlicht.

[Заявление МИД России об ответных мерах на пятнадцатый «пакет» санкций Евросоюза в отношении России - Министерство иностранных дел Российской Федерации](#)

-----

### Höhere Strafzölle für Waren aus westlicher Produktion

Die Regierung der Russischen Föderation hat laut verschiedenen russischen Medienberichten ab dem 1. Januar 2025 die Zölle für Waren aus den so genannten „unfreundlichen Ländern“, die nach Russland eingeführt werden, erhöht. Die entsprechenden Beschlüsse wurden unter anderem für westlichen Kaffee und Bier getroffen.

Betrag der Zollsatz für Bier und Apfelwein aus unfreundlichen Ländern früher 0,1 Euro pro Liter, so steigt er ab dem neuen Jahr auf bis zu 1 Euro pro Liter. Dasselbe gilt für Röst- und Instantkaffee - die neuen Zölle werden 13 bzw. 17,5 Prozent betragen (vorher waren es 8 und 7,5 Prozent). Die Sätze für Auto-Zündkerzen werden von 10 auf 25 Prozent angehoben.

Laut dem Kabinettsbeschluss werden alle Zölle auf Waren aus unfreundlichen Ländern im Durchschnitt um 10 Prozent erhöht. Der Geltungsbereich der bereits eingeführten und bestehenden erhöhten Zölle auf Kosmetika und Parfums, die von westlichen Unternehmen nach Russland geliefert werden, wird ebenfalls ausgeweitet. Auch die Recycling-Abgabe insbesondere für Autos aus westlicher Produktion wird angehoben.

[В России с 1 января вырастут пошлины на пиво и кофе из недружественных стран - КР.RU](#)

[Постановление Правительства Российской Федерации от 30.12.2024 № 1989 · Официальное опубликование правовых актов](#)

-----

## **Putin stellt weitere Brauerei unter Zwangsverwaltung**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat die Brauerei AB InBev Efes am 30. Dezember 2024 unter externe Verwaltung gestellt. Das betroffene Unternehmen ist ein Joint Venture zwischen dem belgischen Biergiganten AB InBev und der türkischen Brauerei Anadolu Efes. Als vorübergehender Verwalter fungiert laut dem Erlass die russische Unternehmensgruppe „Wmestje“. AB InBev Efes ist mit Marken wie Bud, Hoegaarden, und Löwenbräu der letzte von drei großen ausländischen Bierkonzernen in Russland. Die anderen beiden internationalen Brauereien, Heineken und Carlsberg, haben bereits ihren Rückzug aus Russland vollzogen.

[Указ Президента Российской Федерации от 30.12.2024 № 1131 · Официальное опубликование правовых актов](#)

-----

## **Russland verändert Schema der Energiezahlungen um US-Sanktionen auszubremsen**

Nach Sanktionierung der Gazprombank durch die USA Ende November 2024 hat Russland am 19. Dezember 2024 sein Schema für Zahlungen von Energielieferungen durch ausländische Kunden angepasst. Die Gazprombank ist nun nicht mehr exklusiver, autorisierter Zahlungskanal für ausländische Rohstoffkunden. Laut Präsidialerlass ist nunmehr jedes beliebige russische Kreditinstitut bis April 2025 autorisiert, Zahlungen abzuwickeln. So sollen die US-Sanktionen ausgebremst und Einnahmen durch Rohstoffexporte abgesichert werden, auf die Russland in besonderem Maße angewiesen ist. Die USA hatten ihrerseits zuvor bereits Sanktionsausnahmen für die Türkei und Ungarn zugelassen, um noch Zahlungen über die Gazprombank abzuwickeln, was von Seiten der Ukraine kritisiert wurde.

[Указ Президента Российской Федерации от 19.12.2024 № 1080 · Официальное опубликование правовых актов](#)

[Vor allem Geld: Russlandsanktionen werden durch Ausnahmen aufgeweicht. - UBN](#)

-----

## **Mit Kryptogeld sollen Sanktionen umgangen werden**

Der russische Finanzminister Anton Siluanov hat gegenüber dem Fernsehsender Russia 24 bestätigt, dass das Land Bitcoin und weitere Kryptowährungen im internationalen Handel einsetzt. Dies berichtet die Nachrichtenagentur Reuters. Die Nutzung von Kryptogeld sei eine Reaktion auf die westlichen Sanktionen. Siluanov gab bekannt, dass russische Unternehmen bereits Transaktionen in Bitcoin durchführen, insbesondere unter Nutzung von Kryptowährungen, die auf russischem Gebiet generiert werden. Der Finanzminister betonte das Engagement der Regierung, diese Praktiken auszuweiten, und bezeichnete digitale Währungen als integralen Bestandteil zukünftiger internationaler Zahlungssysteme.



Finanzinstitute in wichtigen Handelspartnerländern wie China und der Türkei lassen bei Transaktionen mit Russland erhöhte Vorsicht walten, um potenzielle Konflikte mit westlichen Regulierungsbehörden zu vermeiden. Russland führte vor einiger Zeit regulatorische Rahmenbedingungen zur Legitimierung von Mining-Vorgängen für Kryptowährungen ein. Die im Jahr 2024 verabschiedeten Gesetzesänderungen schufen ein strukturiertes Umfeld für die Nutzung von Kryptowährungen im Außenhandel.

Wie Business Insider berichtet, hat der russische Staatschef Wladimir Putin seine Regierung und den russischen Bankenriesen Sberbank zudem angewiesen, mit China im Bereich der künstlichen Intelligenz enger zusammenzuarbeiten, heißt es in einem Beitrag vom 30. Dezember auf der Website des Kremls. Putin wies laut dem Bericht zudem die russische Regierung und die Sberbank an, „die weitere Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China bei der Durchführung technologischer Forschung und Entwicklung im Bereich der künstlichen Intelligenz sicherzustellen“, heißt es in der Kreml-Mitteilung. Die Mitteilung wurde drei Wochen nach Putins Ankündigung eines BRICS-KI-Allianz-Netzwerks veröffentlicht. Putin beauftragte Ministerpräsident Mikhail Mishustin und den Vorstandsvorsitzenden der Sberbank, German Gref, mit der Leitung der KI-Bemühungen. Ein Fortschrittsbericht wird bis April erwartet.

[Wegen Sanktionen: Russland will mit China an KI arbeiten - Business Insider](#)

### Harte Sanktionen gegen russischen Energiesektor

Am 10. Januar kündigten das US-Außenministerium und das US-Finanzministerium neue Maßnahmen gegen den russischen Energiesektor an. Nach eigenen Angaben sind es die bislang schärfsten Sanktionen gegen Russlands Energiesektor: „Wir gehen davon aus, dass unsere Maßnahmen Russland jeden Monat mehrere Milliarden Dollar kosten werden.“ Die neuen US-Sanktionen richten sich gegen rund 230 Personen und Organisationen sowie 183 Schiffe. Ziel ist es, die Rohstoff-Einnahmen zu reduzieren, die Russland durch den Verkauf von Öl und Gas, einschließlich Flüssiggas, als Finanzierungsquelle für den Krieg in der Ukraine erzielt.

Die US-Regierung erhoffe sich, durch die Maßnahmen die russische Währung weiter zu schwächen, die Inflation anzuheizen und die russische Zentralbank dazu zu bringen, den Leitzins noch weiter anzuheben. Dieser hat bereits ein Rekordniveau von 21 Prozent erreicht. Das wiederum könnte die finanzielle Lage russischer Unternehmen weiter verschlechtern. „Ziel ist es, Putins Kalkül über die Kosten der Fortsetzung eines sinnlosen Krieges zu ändern und gleichzeitig der Ukraine einen größeren Hebel zu geben - einen Hebel, den sie braucht, um einen gerechten und dauerhaften Frieden auszuhandeln“, hieß es nach Angaben des Tagesspiegels. Die aktuelle Marktsituation mit erhöhten Produktionskapazitäten – etwa in den USA, Kanada und Brasilien – lasse eine härtere Gangart zu, ohne den globalen Ölmarkt zu destabilisieren.

Russland hat 2024 trotz der westlichen Sanktionen wieder mehr Einnahmen für den Staatshaushalt aus Öl- und Gasverkäufen erzielt. Im vergangenen Jahr seien diese um mehr als 26 Prozent auf 11,13 Billionen Rubel (107 Milliarden Euro) gestiegen, wie laut Handelsblatt aus Anfang Januar veröffentlichten russischen Regierungsdaten hervorgehe. 2023 waren die Einnahmen noch aufgrund niedrigerer Ölpreise und sinkender Gasexporte um 24 Prozent eingebrochen.

Laut dem Branchendienst Kpler haben 143 der 183 sanktionierten Tanker im vergangenen Jahr insgesamt 530 Millionen Barrel russisches Öl befördert, das sind 42 Prozent aller Tanker-Exporte aus Russland. Davon seien 300 Millionen Barrel nach China gegangen, der Rest hauptsächlich nach Indien.

Zu den neuen US-Maßnahmen gehören:

- Das Außenministerium verhängt Sanktionen gegen fast 80 Personen und Organisationen
- Gleichzeitig sanktioniert das Finanzministerium mehr als 150 Personen und Organisationen und bezeichnet 183 Schiffe als blockiertes Eigentum.
- Sanktionierung der Ölriesen Gazprom Neft, Surgutneftegas, Rosatom-Mitgliedern des Vorstands und leitenden Beamten
- Sanktionen gegen Schiffsversicherer Ingosstrakh Insurance Company und Alfastrakhovanie Group

- Sanktionierung undurchsichtiger Händler und eines zwielichtigen, mit der russischen Regierung verbundenen Netzwerks, das massive Ölexporte ermöglicht sowie von Anbietern mit spezialisierten Dienstleistungen im Ölsektor
- Sanktionen gegen die LNG-Terminals Portovaya und Cryogas Vysotsk
- Sanktionen gegen das Wostok-Öl-Projekt
- Listungen weiterer Unternehmen, die mit dem bereits sanktionierten Arctic-LNG-2-Projekt in Verbindung stehen
- Zu 35 neu gelisteten Dienstleistungsunternehmen für Energieförderung gehören OFS-Technologies, der Offshore-Bohrdienstleister Gazprom Shelfproekt, Novateks größter Bohrdienstleister Investgeoservis, Rosnefts Bohrstruktur RN-Burenie und Achimgaz, das frühere Joint Venture von Gazprom und Wintershall zur Erschließung der Achimov-Lagerstätte des Urengoi-Feldes
- Russlands Kohleproduzent Kuzbassrazrezugol und zwei Tochtergesellschaften wurden ebenfalls sanktioniert, das Unternehmen steht für 15 Prozent der russischen Kohleproduktion

Die Maßnahmen haben erhebliche sekundäre, extraterritoriale Auswirkungen und zielen beispielsweise auch auf Tochtergesellschaften von Unternehmen wie Gazprom und Gazprom Neft ab.

Weitere Informationen finden Sie hier:

- <https://www.state.gov/office-of-the-spokesperson/releases/2025/01/sanctions-to-degrade-russias-energy-sector>
- [Treasury Intensifies Sanctions Against Russia by Targeting Russia's Oil Production and Exports | U.S. Department of the Treasury](https://www.treasury.gov/press-releases/2025/01/20250107)
- <https://www.federalregister.gov/documents/2021/04/19/2021-08098/blocking-property-with-respect-to-specified-harmful-foreign-activities-of-the-government-of-the>
- <https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy2777>

Ebenfalls am Freitag, dem 10. Januar, kündigten Großbritannien und die USA direkte Sanktionen gegen Gazprom Neft und PJSC Surgutneftegas an, zwei russische Ölkonzerne. Diese Energieunternehmen produzieren zusammen über 1 Million Barrel Öl pro Tag – das entspricht einem Wert von etwa 23 Milliarden US-Dollar pro Jahr zu aktuellen Preisen, mehr als das BIP von Jamaika. Die Gewinne dieser beiden Unternehmen fließen in Putins Kriegskasse und erleichtern den Krieg.

Hier die Pressemitteilung der britischen Regierung:

[Support for Ukraine is unwavering as UK announces new sanctions on Russian oil giants - GOV.UK](https://www.gov.uk/government/news/support-for-ukraine-is-unwavering-as-uk-announces-new-sanctions-on-russian-oil-giants)

Unterdessen kündigte Donald Trump erneut ein baldiges Treffen mit Russlands Präsident Wladimir Putin an. „Ich weiß, dass er sich treffen will, und ich werde mich sehr bald mit ihm treffen. Ich hätte es früher getan, aber... man muss im Amt sein“, sagte Trump der Nachrichtenplattform Newsmax. Einen genauen Termin nannte er nicht. Im Wahlkampf hatte Trump angekündigt, den Ukraine-Konflikt mit Russland innerhalb von 24 Stunden nach seiner Amtseinführung beenden zu wollen. In Trump-Äußerungen Anfang Januar ist dann jedoch eher von 100 Tagen bzw. einem halben Jahr die Rede gewesen. Moskau hat

laut Spiegel-Informationen generelles Interesse an einem Treffen mit Trump signalisiert, äußert sich aber nicht zu konkreten Planungen.

[Ukraine: Donald Trump verspricht wohl rasches Treffen mit Wladimir Putin - Kremlin wiegelt ab - DER SPIEGEL](#)

---

## **Neue US-Maßnahmen gegen Sanktionsumgehung unter anderem durch chinesische Unternehmen**

Am 15. Januar verkündete das US-Finanzministerium Maßnahmen gegen ein so genanntes Sanktionsumgehungsprogramm, das zwischen Akteuren in Russland und der Volksrepublik China (VRC) eingerichtet worden sein soll, um grenzüberschreitende Zahlungen für sensible Güter zu erleichtern. Auf der Sanktionsliste stehen unter anderem Voentorg, das Patriot-Ausstellungszentrum, UMK-Stal und das Kernkraftwerk Saporischschja. Auch chinesische Unternehmen, die nach Angaben des US-Finanzministeriums Russland weiterhin mit Gütern mit doppeltem Verwendungszweck beliefern, fielen unter die Beschränkungen. Die kirgisische Bank Keremet wurde wegen ihrer Verbindungen zur russischen Promsvyazbank ebenfalls auf die Sanktionsliste gesetzt. Die Bank soll daran mitgewirkt haben, zusammen mit russischen Beamten ein Sanktionsumgehungsprogramm aufzusetzen. Beschränkungen wurden unter anderem auch gegen juristische Personen aus der Türkei, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Malaysia verhängt.

Betroffen sind insgesamt 250 Personen und Unternehmen, von denen 100 bereits im Rahmen eines anderen Sanktionsprogramms gelistet waren. In diesen Fällen werden die bereits ausgesprochenen Sanktionen in ihrer Wirkung ausgeweitet. Die Neulistung führt laut Informationen der Financial Times zudem dazu, dass der Kongress über die Aufhebung der Sanktionen mitentscheidet, um jegliche Bemühungen Trumps zu erschweren, die betroffenen Unternehmen von der Russland-Sanktionsliste zu streichen. Die neuen bzw. verschärften Sanktionen zielen nach US-Angaben auf die Branchen Finanzen, Energie und Rüstung ab.

Das Finanzministerium erhöhte nach eigenen Angaben die Risiken, denen ausländische Personen ausgesetzt sind, wenn sie weiterhin mit dem militärisch-industriellen Komplex Russlands zusammenarbeiten, indem es gemäß der Executive Order (E.O.) 13662 fast 100 Unternehmen, die bereits gemäß der E.O. 14024 benannt wurden, erneut sanktioniert. Aufgrund der zusätzlichen Listung dieser Unternehmen unterliegen ausländische Personen, einschließlich ausländischer Finanzinstitute, die wissentlich bedeutende Transaktionen für oder im Namen dieser Unternehmen erleichtern, Sekundärsanktionen. Unter anderem wurden der russische Auslandsgeheimdienst, die Unternehmen Sberbank und Gazprombank, Severstal und Mechel sowie Arctic LNG-1 wiederholt auf die US-Sanktionsliste gesetzt.

„Die heutigen Maßnahmen verhindern, dass der Kreml unsere Sanktionen umgeht und Zugang zu den Gütern erhält, die er für den Bau von Waffen für seinen Krieg in der Ukraine benötigt“, sagte laut einer Pressemitteilung der stellvertretende US-Finanzminister Wally Adeyemo. „Die heutige Ausweitung der obligatorischen

Sekundärsanktionen wird den Zugang Russlands zu Einnahmen und Gütern einschränken.“

Das US-Außenministerium sanktioniert mehr als 150 Unternehmen und Einzelpersonen gemäß E.O. 14024, darunter eine Vielzahl von Unternehmen der russischen Rüstungsindustrie und solche, die die militärische Industriebasis des Landes unterstützen. Die neuen Sanktionen betreffen auch Dutzende von Unternehmen in mehreren Ländern, die weiterhin die Bemühungen Russlands unterstützen, die US-Sanktionen zu umgehen, insbesondere in der Volksrepublik China, die nach wie vor der größte Lieferant von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck und Wegbereiter für die Umgehung von Sanktionen zur Unterstützung der Kriegsanstrengungen Russlands ist.

Hier finden Sie die angepassten OFAC-Listen der „Specially Designated Nationals and Blocked Persons (SDN)“ und die aktualisierte Liste der „Sectoral Sanctions Identifications (SSI)“:

[Sanctions List Service | Office of Foreign Assets Control](#)

[Минфин США прокомментировал новые санкции против России – Коммерсантъ](#)

#### Neue General Licences / Keine Ausnahmen für ungarisches Atomprojekt

Im Zuge der neuen Maßnahmen gegen Russland hat das Office of Foreign Assets Control am 15.1. die [Russland-bezogene Generallizenz 122](#), „Genehmigung der Abwicklung von Transaktionen mit bestimmten Unternehmen, die am 15. Januar 2025 gesperrt wurden“ und die [Russland-bezogene Generallizenz 123](#), „Genehmigung bestimmter Transaktionen im Zusammenhang mit Schulden oder Eigenkapital von oder Derivatkontrakten, die Wafangdian Bearing Company Limited betreffen sowie die [Russland-/Ukraine-bezogene Generallizenz 26A](#), „Transaktionen, die gemäß den russischen Sanktionsbestimmungen für schädliche ausländische Aktivitäten genehmigt wurden“, veröffentlicht.

Ungarn ist offenbar mit dem Versuch gescheitert, in Gesprächen mit der US-Administration eine vorläufige Sanktionsausnahme für sein Atomprojekt Paks zu erhalten. Die General Licence 115 erlaubt zwar in Ausnahmefällen Geschäfte mit der Gazprombank bis Mitte 2025. Die vom Finanzministerium erteilte Generallizenz gilt aber nur für Vorhaben der zivilen Kernkraft, die bis zum 21. November 2024 begonnen wurden. An jenem Tag hatten die USA die staatliche russische Großbank mit Sanktionen belegt. Die Ausnahmeregelung gilt ausdrücklich nicht für die Erweiterung des ungarischen Kernkraftwerks Paks um zwei Reaktorblöcke, die vom staatlichen russischen Konzern Rosatom umgesetzt wird.

[download](#)

-----

## Reaktionen in Russland und der Ukraine auf neue US-Sanktionen

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat dem scheidenden US-Präsidenten Joe Biden für das neue Sanktionspaket gegen Russland gedankt. „Es ist sehr wichtig, dass Amerika jetzt zuschlägt gegen Russlands Schattenflotte und solche Unternehmen wie Gazprom Neft und Surgutneftegas, die Geld für Putin persönlich anhäufen“, schrieb Selenskyj auf seinem Telegramkanal. Er habe mit Biden die Details der Sanktionen gegen den russischen Energiesektor besprochen. Selenskyj dankte ausdrücklich beiden Parteien im Kongress für die Unterstützung der Ukraine.

Kritik an den US-Maßnahmen gab es erwartungsgemäß aus Moskau. Die russischen Behörden würden die Situation im Zusammenhang mit den US-Sanktionen gegen den Ölsektor aber zunächst analysieren, bevor sie Vergeltungsmaßnahmen ergreifen, sagte Präsidentensprecher Dmitri Peskow gegenüber Reportern, wie der Korrespondent von RBC berichtet. „Wir haben kein Vermögen, keine Konten und so weiter in den Vereinigten Staaten von Amerika. Daher ist es eher eine Demonstration der uns gegenüber unfreundlichen Anerkennung unserer Verdienste“, sagte Alexej Lichatschow, Chef von Rosatom. Das russische Außenministerium kündigte die Ausweitung von Einreisesperren für amerikanische und britische Staatsbürger an.

-----

## US-Energiesanktionen könnten massive Auswirkungen auf Zentralasien haben

Wie die Times of Central Asia berichtet, haben die neuen US-Sanktionen im Energiebereich deutliche Auswirkungen auf die Wirtschaft in den zentralasiatischen Staaten. Die Sanktionen bedeuten insbesondere Einschränkungen für die in Zentralasien tätigen Tochtergesellschaften von Gazpromneft. Zu den betroffenen Unternehmen gehören Gazpromneft Tadschikistan, Gazpromneft Kasachstan, Gazpromneft Asien (Kirgisistan) und Munai Myrza (Kirgisistan). Gazpromneft Asia ist beispielsweise ein wichtiger Lieferant von Erdölprodukten in Kirgisistan und damit ein entscheidender Akteur auf dem dortigen Markt. Sanktionen gegen das Unternehmen könnten die Kraftstoffversorgung unterbrechen und die Energiepreise im Land in die Höhe treiben.

Gazpromneft Kazakhstan LLP mit Sitz in Almaty betreibt ein Netz von Tankstellen der Marke Gazpromneft in Kasachstan. Während Unterbrechungen der Kraftstoffversorgung in diesem Netz die Wirtschaft Kasachstans – die größte in Zentralasien – nicht unbedingt beeinträchtigen würden, haben die Sanktionen weitreichendere Folgen. Neben den direkten Sanktionen gegen Unternehmen wurden mehrere Führungskräfte russischer Ölfirmen, die in Kasachstan aktiv tätig sind, auf die Sanktionsliste der USA gesetzt.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Sanktionspakets sei die Aufnahme von Führungskräften von Rosatom in die US-Sanktionsliste. Diese Entwicklung stellt Kasachstans Pläne, ein internationales Konsortium – mit Vertretern aus Frankreich, Südkorea, China und Russland – für den Bau eines Kernkraftwerks zu gründen, vor Herausforderungen.

Interessanterweise enthalte das US-Sanktionspaket eine Ausnahmeregelung, die es amerikanischen Unternehmen erlaube, bis zum 28. Juni 2025 Ölfelddienstleistungen für

das Caspian Pipeline Consortium (CPC) und Tengizchevroil LLP zu erbringen. Chevron, der größte private Anteilseigner an beiden Projekten, ist maßgeblich am kasachischen Tengiz-Ölfeld beteiligt, das etwa 20 Prozent der weltweiten Reserven des Unternehmens ausmacht.

Die Sanktionen könnten der neuen Regierung auch einen starken Hebel an die Hand geben, um die zentralasiatischen Staaten unter Druck zu setzen, sich von Russlands Wirtschafts- und Energiesphäre zu distanzieren.

[New U.S. Anti-Russian Sanctions Could Spell Trouble for Central Asian Economies - The Times Of Central Asia](#)

-----

### **Chinesen wenden sich von sanktionierten Schiffen ab**

Die Shandong Port Group hat Tankern, die von den USA mit Sanktionen belegt wurden, das Anlaufen ihrer Häfen in der ostchinesischen Provinz verboten, in der viele unabhängige Raffinerien ansässig sind, die die größten Importeure von Öl aus Ländern sind, gegen die die USA ein Embargo verhängt haben, sagten drei Händler. Die Provinz importierte im vergangenen Jahr etwa 1,74 Millionen Barrel Öl pro Tag (bpd) aus dem Iran, Russland und Venezuela, was etwa 17 Prozent der chinesischen Importe ausmacht, wie Schiffsverfolgungsdaten von Kpler zeigen.

Wenn das Verbot durchgesetzt würde, würden die Transportkosten für unabhängige Raffinerien in Shandong, den Hauptabnehmern von vergünstigtem sanktioniertem Rohöl aus den drei Ländern, in die Höhe schnellen, fügten die Händler hinzu.

Im vergangenen Monat verhängte Washington weitere Sanktionen gegen Unternehmen und die Schattenflotte, die mit iranischem Öl handeln. Der designierte Präsident Donald Trump, der am 20. Januar sein Amt antritt, wird voraussichtlich die Sanktionen gegen den Iran weiter verschärfen, wie er es bereits während seiner ersten Amtszeit getan hat. Das Verbot könnte die Importe nach China, dem größten Ölimporteur der Welt, verlangsamen, so Händler.

Die Bekanntmachung des Hafens von Shandong wurde von zwei der Händler erhalten und von einem dritten bestätigt. Sie verbietet Häfen das Anlegen, Entladen oder die Bereitstellung von Schiffsdiensten für Schiffe, die auf der vom US-Finanzministerium verwalteten Liste des Office of Foreign Assets Control stehen.

Shandong Port beaufsichtigt die wichtigsten Häfen an der Ostküste Chinas, darunter Qingdao, Rizhao und Yantai, die wichtige Terminals für den Import von sanktioniertem Öl sind.

Shandong Port reagierte nicht auf Anrufe oder eine E-Mail von Reuters, in der um einen Kommentar gebeten wurde.

In einer zweiten Mitteilung vom Dienstag, die ebenfalls von Reuters geprüft wurde, erklärte der Hafen von Shandong, dass das Schifffahrtsverbot voraussichtlich nur

begrenzte Auswirkungen auf unabhängige Raffinerien haben werde, da der Großteil des sanktionierten Öls auf nicht sanktionierten Tankern transportiert werde. Das Verbot wurde verhängt, nachdem der sanktionierte Tanker Eliza II Anfang Januar im Hafen von Yantai entladen worden war, heißt es in der Mitteilung.

Im Dezember haben acht sehr große Rohöltanker mit einer Kapazität von jeweils zwei Millionen Barrel größtenteils iranisches Öl in Shandong gelöscht, wie Schätzungen des Tanker-Trackers Vortexa zeigen. Zu den Schiffen gehörten die vom US-Finanzministerium sanktionierten Schiffe Phonix, Vigor, Quinn und Divine.

Die aktive Schattenflotte, die iranisches, russisches und venezolanisches Öl transportiert, wird auf etwa 669 Tanker geschätzt, so Michelle Wiese Bockmann, Chefanalystin bei der maritimen Datengruppe Lloyd's List Intelligence.

Von dieser Gesamtzahl seien in der Regel 250 bis 300 Tanker am Transport von russischem Öl beteiligt, wobei der größte iranische Betreiber NITC und die führende russische Tankergruppe Sovcomflot ausgeschlossen seien, fügte sie hinzu. Zwischen Oktober und Dezember verhängte das US-Finanzministerium Sanktionen gegen 35 Tanker, die es als Teil der „Geisterflotte“ des Iran bezeichnete, mit Ausnahme der von NITC betriebenen Schiffe. Anfang 2024 verhängte Washington separate Sanktionen gegen Sovcomflot.

Die scheidende Biden-Regierung plant, Sanktionen gegen über 100 Tanker zu verhängen, die mit russischem Öl handeln, teilten Quellen Reuters diese Woche mit. Ein Wechsel zu nicht sanktionierten Schiffen könnte die Kosten für Raffinerien in Shandong in die Höhe treiben, die mit schlechten Margen und einer schleppenden Nachfrage zu kämpfen haben, so Händler. Die Aktien des führenden Tankerunternehmens Frontline stiegen am Dienstag nach der Nachricht über das Hafenverbot und die erwartete Verknappung der Tankerverfügbarkeit um über neun Prozent.

Das US-Verteidigungsministerium gab zudem bekannt, dass es Chinas größte Reederei COSCO auf die Liste der Unternehmen gesetzt hat, die mit dem chinesischen Militär zusammenarbeiten, was Charterer davon abhalten könnte, die Tanker von COSCO zu nutzen, und die Knappheit an zu mietenden Schiffen noch verschärfen könnte, wie Schifffahrtsanalysten am Dienstag mitteilten.

Der Preis für iranisches Rohöl, das nach China verkauft wird, erreichte im vergangenen Monat den höchsten Stand seit Jahren, da neue US-Sanktionen die Transportkapazität einschränkten und die Logistikkosten in die Höhe trieben.

Die schwimmende Lagerung von iranischem Rohöl ist auf ein 12-Monats-Hoch von 20 Millionen Barrel gestiegen, und die iranische Exportflotte ist mit einem hohen Exportvolumen pro Schiff relativ ausgelastet. Dies wurde in der Vergangenheit mit einem anschließenden Rückgang der iranischen Rohölexporte in Verbindung gebracht, so die Analysten von Goldman Sachs letzte Woche. Die Investmentbank geht davon aus, dass das Rohölangebot des Iran bis zum zweiten Quartal 2025 um 300.000 Barrel pro Tag auf 3,25 Millionen Barrel pro Tag sinken wird.



-----

### **Sanktions-Ausnahmen für Kernkraft**

Die USA haben eine Allgemeingenehmigung Nr. 115 für Vorhaben der zivilen Kernkraft veröffentlicht, die bis Mitte 2025 Finanztransaktionen mit der russischen Gazprombank erlaubt. Die vom Finanzministerium erteilte General Licence gilt allerdings nur für Vorhaben der zivilen Kernkraft, die bis zum 21. November 2024 begonnen wurden. An jenem Tag hatten die USA die staatliche russische Großbank neu auf ihre Sanktionsliste gesetzt. Die Ausnahmeregelung gilt allerdings ausdrücklich nicht für die Erweiterung des ungarischen Kernkraftwerks Paks um zwei Reaktorblöcke, die vom staatlichen russischen Konzern Rosatom umgesetzt wird.

[download](#)

## 6. Sanktionen weiterer Länder

---

### Großbritannien

#### Energiesanktionen und neuer Leitfaden gegen Sanktionsumgehung

Gemeinsam mit den USA hat das Vereinte Königreich am 10. Januar neue gegen Gazprom Neft und PJSC Surgutneftegas eingeführt. Siehe US-Kapitel. Zudem hat die britische Regierung am 7. Januar ihre Leitlinien zur Verhinderung der Umgehung von Russlandsanktionen aktualisiert. Der herausgegebene Leitfaden richtet sich an Exporteure und soll das Risiko sich unbeabsichtigt in Sanktionsverstöße verwickelt zu werden, vermindern. Der Leitfaden nennt 14 Länder, deren Unternehmen am häufigsten als Vermittler beim Export sanktionierter Produkte nach Russland fungieren, namentlich: Armenien, China mit Hong-Kong und Macau, Indien, Israel, Kasachstan, Kirgisistan, Malaysia, die Mongolei, Serbien, Thailand, die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate, Usbekistan und Vietnam.

[Countering Russian sanctions evasion - guidance for exporters - GOV.UK](#)

### Japan

#### Neue Listungen

Die japanische Regierung hat am 10. Januar 11 Personen aus Russland, 51 russische Unternehmen und drei Banken neu sanktioniert. Betroffen sind unter anderem der Geschäftsführer des Diamantenproduzenten Alrosa und der Vize-CEO von Rostec. Die Regierung in Tokio hat zudem Sanktionen gegen 31 Unternehmen aus China, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Kasachstan, Kirgisistan, Thailand und der Türkei, die georgische MRB Bank und einen Nordkoreaner wegen Sanktionsumgehungen verhängt.

[Measures based on the Foreign Exchange and Foreign Trade Act regarding the situation surrounding Ukraine | Ministry of Foreign Affairs of Japan](#)

### Schweiz

#### Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland

Die Schweiz hat sich den neuen EU-Sanktionen gegen Russland und Belarus angeschlossen, die die Europäische Union am 16. Dezember im Rahmen ihres 15. Sanktionspakets erlassen hat. Dazu wurden 54 natürliche Personen sowie 30 Unternehmen mit Einreise- und Vermögenssperren in der Schweiz belegt. Außerdem wurden 52 weitere Schiffe umfassenden Dienstleistungsverboten unterstellt. Im Handelsbereich wurden zudem 32 neue Entitäten strengerer Exportkontrollmaßnahmen. Hier die Informationen des Eidgenössischen Departements für Auswärtige Angelegenheiten (EDA):

## **Serbien**

### **Serbien will wegen US-Sanktionen Ölkonzern verstaatlichen**

Belgrad ist laut russischen Medienberichten dazu bereit, die russische Gazprom Neft und den Gazprom-Anteil an der Naftna Industrija Srbije (NIS) aufzukaufen, falls die USA Sanktionen verhängen. Dies sagte der serbische Regierungschef Aleksandar Vucic im Sender RTS. „Wir haben jetzt das Geld, um NIS aufzukaufen. Wenn der Wert des Unternehmens auf eine Milliarde Euro geschätzt wird, sprechen wir von 600 Millionen Euro“, sagte Vucic (zitiert von Informer).

Vucic fügte hinzu, dass Belgrad nicht wisse, ob Washington die Restriktionen gegen NIS im Falle einer vollständigen Reduzierung der Gazprom-Beteiligung oder nur einer Mehrheitsbeteiligung aufrechterhalten werde.

Am Vortag hatte Vucic erklärt, dass die US-Sanktionen gegen die NIS bereits am 15. März in Kraft treten könnten, was die serbischen Raffinerien und petrochemischen Unternehmen vor große Probleme stellen würde. Im Januar will er zu Gesprächen mit dem designierten US-Präsidenten Donald Trump nach Washington reisen und anschließend die Situation mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin erörtern.

[Вучич заявил о готовности выкупить долю «Газпрома» в NIS из-за санкций — РБК](#)

### **Probleme mit Waffenlieferungen aus Russland**

Die serbischen Behörden haben einige der Verträge im Bereich der militärischen Zusammenarbeit mit Russland gekündigt, während ein anderer Teil auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Dies erklärte laut einem Bericht des russischen Wirtschaftsmediums RBK der serbische Generalstabschef General Milan Mojsilovic in einem Interview mit dem Portal Vecernje Novosti.

Ihm zufolge hat Belgrad auch nach der Verhängung von Sanktionen gegen Russland einen Weg gefunden, die nachhaltige und flexible Versorgung mit russischen Rüstungsgütern dank deren Lizenzproduktion in anderen Ländern sicherzustellen. Er wies darauf hin, dass die serbische Armee heute in der Lage ist, für einen großen Teil dieser Waffen eine Wartung auf hohem Niveau und die Beschaffung von Ersatzteilen zu organisieren.

„Was [neue] Waffenlieferungen aus der Russischen Föderation anbelangt, so ist dies im Moment praktisch unmöglich. Wir versuchen, einen Weg zu finden, die neu entstandene Situation auf diplomatischem Wege zu überwinden. Wir haben einige Abkommen gekündigt und andere verschoben, in der Hoffnung, dass sich die Lage in den internationalen Beziehungen auf globaler Ebene normalisiert und die Umsetzung der Abkommen möglich wird“, sagte der General.

Laut den Autoren eines Berichts des Russischen Rates für Internationale Angelegenheiten (RIAC) über die Besonderheiten der wirtschaftlichen Interaktion Russlands mit den westlichen Balkanländern werden Moskaus Positionen in den sensibelsten Handelsbereichen - Energieträger, metallurgische Produkte und Rüstungsgüter - durch die westlichen Sanktionen angegriffen.

Obwohl die EU-Mitgliedstaaten die wichtigsten Außenhandelspartner Serbiens sind, nimmt Russland weiterhin eine der führenden Positionen im Handelsumsatz der Republik ein, stellt das RIAC fest. Im Jahr 2022 erreichten die beiden Länder einen Rekordaußenhandelsumsatz von 4,28 Milliarden Dollar. Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine und Verhängung westlicher Sanktionen brach der positive Trend jedoch ab.

[Сербия разорвала часть оборонных контрактов с Россией — РБК](#)

## Ukraine

### Verlängerung der Importsanktionen gegen Russland

Die Ukraine wird auch im Jahr 2025 keine Waren aus Russland einführen. Das hat das Ministerkabinett des Landes unterstrichen und formal zwei Beschlüsse für Handelsbeschränkungen verlängert. Zudem bleibt das Importverbot aus 2022 bestehen. "Seit dem 9. April 2022 gilt ein vollständiges Embargo der Regierung auf Waren aus Russland. Es findet kein Handel mit Russland und russischen Waren statt," sagt der stellvertretende Wirtschaftsminister der Ukraine Taras Katschka.

Vor der völkerrechtswidrigen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim war Russland mit einem Außenhandelsvolumen von fast 40 Milliarden US-Dollar wichtigster Handelspartner der Ukraine.

[Ukraine verlängert Importverbot für Waren aus Russland | Wirtschaftsumfeld | Ukraine | Außenhandel](#)

## 7. Blick über den Tellerrand

---

### China sanktioniert US-Rüstungsunternehmen

China hat laut einer Meldung des Spiegel mehrere US-Rüstungsfirmen mit Ausfuhrkontrollen belegt. Nach Angaben des Handelsministeriums ist damit ab sofort die Lieferung von Gütern verboten, die sowohl zivil als auch militärisch einsetzbar sind. Peking begründete die Maßnahme mit dem Schutz nationaler Interessen und Sicherheit sowie der Erfüllung internationaler Verpflichtungen. In Wahrheit dürfte es auch um die Rolle von Taiwan gehen, vermutet der Spiegel. Auf der Inselrepublik ist seit Jahrzehnten eine unabhängige Regierung an der Macht, US-Rüstungsfirmen beliefern sie. China beansprucht Taiwan jedoch für sich. Die Exportbeschränkungen gelten für insgesamt 28 US-Firmen, darunter mehrere Abteilungen der Rüstungskonzerne Lockheed Martin, Raytheon und General Dynamics. Einen Großteil davon setzte das Handelsministerium auf eine weitere Liste „nicht zuverlässiger Firmen“, wie aus einer zweiten Mitteilung hervorging. Dadurch könnten die Unternehmen etwa nicht mehr in China investieren, und ihre ranghohen Manager dürfen nicht in die Volksrepublik einreisen.

[China verhängt Sanktionen gegen US-Rüstungsindustrie - Streit über Taiwan - DER SPIEGEL](#)

## 8. Termine

---

### **30. Januar 2025: Neujahrsempfang des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft (für Mitglieder und Partner)**

Am 30. Januar 2025 findet der traditionelle Neujahrsempfang des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft in Berlin statt. In diesem Jahr wird das Treffen in der Eventlocation Deep auf dem Gelände der ehemaligen Bötzow-Brauerei in Berlin-Prenzlauer Berg stattfinden. Neben dem Paralympics-Goldmedaillengewinner Heinrich Popow erwarten wir den Geschäftsträger der polnischen Botschaft in Berlin Jan Tombinski, der zu den Schwerpunkten der polnischen EU-Ratspräsidentschaft Stellung nehmen wird.

Die persönlichen Einladungen an Mitgliedsunternehmen, Botschaften und weitere Partner des Ost-Ausschusses werden Anfang Januar verschickt.

Alle aktuellen Termine mit Ost-Ausschuss-Beteiligung finden Sie online auf dieser Seite:

[Termine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

## 9. Tipps & Links

---

Wohin steuert die USA im Ukraine-Konflikt? Der designierte Außenminister Marco Rubio gab jetzt bei einer **Anhörung durch den US-Senat** Einblicke in die Strategie der neuen US-Administration. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine solle enden, beide Seiten müssten dabei Kompromisse eingehen, so Rubio. Dabei müsse gleichzeitig verhindert werden, dass Russland in einigen Jahren erneut die Ukraine angreife. Von den NATO-Partnern fordert Rubio höhere Verteidigungsausgaben.

[Anhörung im Senat: Rubio: Ukraine und Russland müssen Zugeständnisse machen](#)

Ende Dezember haben sich im russischen Valdai-Klub internationale Experten über **Trends bei den Sanktionen** ausgetauscht. Allgemeiner Tenor ist, dass es im Jahr 2024 insbesondere eine Zunahme sekundärer Sanktionen gegeben habe, mit denen Drittländer zur Einhaltung der westlichen Sanktionen gegen Russland gedrängt wurden. Spekuliert wird darüber, dass sich nach dem Amtsantritt Donald Trumps EU- und USA-Sanktionen asymmetrisch entwickeln könnten. Während unter polnischer EU-Ratspräsidentschaft verschärfte Sanktionen gegen Russland zu erwarten seien, könnte Trump stärker auf Interessen der US-Wirtschaft auf dem russischen Markt achten. Hier der Beitrag in der russischen Wirtschaftszeitung RBK (russische Version):

[Как изменится подход Запада к санкциям против России при Трампе — РБК](#)

**Wie stark ist Russland** wirklich? Dieser Frage geht in der Berliner Zeitung der tschechische Politikwissenschaftler Jonas Szirtes nach und kommt zu einem recht eindeutigen Ergebnis: Russland ist eine Art Scheinriese der Weltpolitik, der traditionell Großmachtstatus beansprucht, diesen mit wirtschaftlichen Fakten aber kaum unterfüttern kann. Bis Ende 2025 steuere das Land auf erhebliche finanzielle Probleme zu, da der in guten Zeiten angelegte Wohlfahrtsfonds zur Neige gehe.

[Russland: Ist Putins Reich überhaupt noch eine Großmacht?](#)

-----

### **Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:**

**Leitfaden der G7-Länder zur Sanktionsumsetzung (mit weiterführenden Links):**

[ae2e63e2-4c4d-4f77-9757-c408ddbcede1\\_en \(europa.eu\)](#)

**BMWK-Risikoleitfaden für Unternehmen zur Sanktionsumsetzung:**

[Sanktionsumgehung – Hinweispapier zur Unterstützung der Unternehmen beim Umgang mit warenverkehrsbezogenen Sanktionen \(quisuisse.net\)](#)

Weitere Hinweise zum Thema:

[BMWK - Sanktionsdurchsetzung & Sanktionsstrafrecht](#)

**Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen**

[BAFA - Russland](#)

**BAFA-Telefon-Hotline:** Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können sich deutsche Exporteure über eine Telefon-Hotline zu Exportbeschränkungen bei Geschäften mit Partnern in Russland informieren: +49 (6196) 9081237 (Mo-Do 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr / Freitag 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr).

**Fragen zu Ausfuhrvorhaben,** zu Empfängern in Russland oder zur Einstufung von Gütern erfolgen über das Formular „Sonstige Anfrage“ im [ELAN-K2 Ausfuhr-System](#). Bei Anfragen zu Gütern sind die zugehörigen Zolltarifnummern anzugeben. Dabei ist für jedes Gut eine einzelne Güterbeschreibung mit zugehöriger Zolltarifnummer im Antrag anzulegen sowie die Güter numerisch nach den Warenverzeichnisnummern bei mehr als fünf Güterpositionen zu sortieren.

**Rechtliche Grundsatzfragen,** Anfragen von Hilfsorganisationen und Privatpersonen können unter folgender E-Mail gestellt werden: [ru-embargo@bafa.bund.de](mailto:ru-embargo@bafa.bund.de).

### **Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde**

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eg\\_765\\_2006.pdf?blob=publicationFile&v=19](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?blob=publicationFile&v=19)

-----

### **EU-Sanktionen**

[EU-FAQ zu Sanktionen \(Stand 20. Dezember 2024\):](#)

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it.](#)

[EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:](#)

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

[List of economically critical goods - A list of mainly industrial goods subject to EU sanctions, for which anomalous trade flows via certain third countries to Russia have been detected \(europa.eu\)](#)

[List of common high priority items - European Commission \(europa.eu\)](#)

### **„Whistleblower-Tool“ der EU**

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](https://integrityline.com)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:

[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](https://de.wikipedia.org)

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](https://treasury.gov)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](https://make-it-in-germany.com)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](https://make-it-in-germany.com) abrufbar.

### **Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:**

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://agaportal.de)

### **GTAI-Sanktionsübersicht**

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](https://gtai.de) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](https://gtai.de)

### **AEB: Sanktionsübersicht**

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und

Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](https://aebrus.ru)



---

## AHK Belarus

Die AHK Belarus hat ein **Sanktions-Update** veröffentlicht, das die bestehenden Sanktionsbestimmungen zu Belarus zusammenfasst:

[Sanktionsupdate Belarus August 2024.pdf - Google Drive](#)

Eine konsolidierte Fassung der EU-Sanktionen gegen Belarus befindet sich hier:

[Konsolidierter TEXT: 32006R0765 — DE — 13.09.2024](#)

[Sanktionsupdate Belarus August 2024.pdf - Google Drive](#)

### Sanktions-Krisenhotline der AHK:

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 7- 21 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

---

Übersicht zur europäischen **Sanktionsdurchsetzung**. Auf dieser Internetseite zum Thema European Sanctions Enforcement werden aktuelle Ermittlungen und Gerichtsverfahren zum Thema Sanktionsumgehung verzeichnet:

[European Sanctions Enforcement – \(duanemorris.com\)](#)

---

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

---

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 13.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier verzeichnet und recherchierbar:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

---

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

---

### Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt,

können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

-----  
**+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++**

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 200 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

*Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).*

#### **Haftungsausschluss:**

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

## **Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz | Leiter Public Affairs  
A.Metz@oa-ev.de  
T. +49 (0)30 206167-120  
Breite Straße 29  
10178 Berlin  
[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)

